

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600, Monatsheft 3.90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1.24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 12 Pf. Bestellgeld

10 Pf. [Anzahl] · Nr 246

Berlin

MONTAG, 23. MAI 1932

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 33 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Veränderricht für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin S W 68, KochstraÙe 22-26

ABEND-AUSGABE

Hochspannung über Preußen Frankreichs neue Politik

Nationalsozialisten gegen Zentrum

Heraus aus der Isolierung!

24 Stunden vor der Eröffnungssitzung des neu gewählten Preussischen Landtags ist es immer noch eine offene Frage, wer zum Landtagspräsidenten gewählt und wann die Wahl des neuen Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werden wird.

Eine Fühlungsprobe zwischen den Parteien hat immer noch nicht stattgefunden. Man weiß zwar, daß die Nationalsozialisten den Landtagspräsidenten aus ihren Reihen stellen, aber nicht für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten stimmen wollen, und sich lediglich zur Stimmhaltung bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten verstehen würden.

Die Stellung des Präsidenten des Preussischen Landtags ist besonders wichtig, weil er auch an politischen Entscheidungen mitzuwirken hat, wie an der einer Auflösung des Landtags, die von dem Dreimänner-Kollegium: Ministerpräsident, Landtagspräsident, Präsident des Preussischen Staatsrats, aus eigenem Ermessen verfügt werden kann. Aus diesem politischen Hintergrund der Landtagspräsidenten ergibt sich diesmal eine Verknüpfung zwischen der Wahl des Landtagspräsidenten und der des Ministerpräsidenten. Es sollen nicht beide Posten einer Partei überlassen werden, damit diese nicht allein nach ihrem Gutdünken die Landtagsausführung ausführen kann.

Daraus würde sich schon vor der Präsidentenwahl eine Fühlungsprobe über die möglichen Wahl des Ministerpräsidenten möglich ergeben. Aber man weiß, daß die Nationalsozialisten zwar den Anspruch auf das Ministerpräsidenten geltend machen, in Wirklichkeit jedoch taktisch so verfahren wollen, daß sie mindestens zum Herbst aus der Verantwortung herauszuleben. Nach Hitler läßt sich jetzt im „Wöchentlichen Beobachter“ auch Abgeordneter Heinenberg aus dem Koalitionslager vernehmen: Die Nationalsozialisten hätten keine Illen, sie hätten dem Zentrum Zeit zur vernünftigen Überlegung gelassen, doch dieses Warten hätte nicht mehr als einige Sinnen offen gelassen: das Zentrum habe aber mit „Berechtigungen“ genehmigt und sei deshalb für alles Kommenne verantwortlich.

Hier wird deutlich das taktische Bemühen erkennbar, dem Zentrum die Verantwortung für das Mißlingen der Koalition zu überwälzen, die die Nationalsozialisten jetzt gar nicht ernstlich wollen.

Es wird sich erst morgen, nach der formalen Eröffnungssitzung übersehen lassen, welche Stellung Zentrum und Sozialdemokraten bei der Wahl des Landtagspräsidenten einnehmen

werden; denn sie wird sich nach den Erklärungen der Nationalsozialisten orientieren, und es wird sich erst nach der Präsidentenwahl ergeben, ob die Wahl des neuen Ministerpräsidenten schon auf die Tagesordnung der Freitag-Sitzung wird gesetzt werden können, oder ob sich eine Verzögerung um mehrere Tage als notwendig ergeben wird.

Eines ist, wie auch aus einem Artikel des kommunistischen Abgeordneten Roenen hervorgeht, gewiß: daß die Nationalsozialisten für ihren Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung und Zulassung der relativen Mehrheit bei den Kommunisten nicht mehr auf die bisher gewohnte Unterstützung rechnen können.

bleibt Schiele?

Auf die übertragende Wichtigkeit der kommenden Entscheidungen im Reich ist hier bereits anersam gemacht worden, auch auf den Zusammenhang mit Preußen. Es sollen vor Ende dieser Woche fallen, sei es, daß der Reichspräsident zu einem früheren Zeitpunkt nach Berlin zurückkehrt als ursprünglich in Aussicht genommen war, sei es, daß der Kangler sich auf Wunsch des Reichspräsidenten nach Weidach begibt, um ihm dort Vortrag zu halten.

Es wird behauptet, daß die Veränderungen im Reichsabinett sich auch auf das Ernährungsministerium erstrecken werden, da Reichsminister Schiele dem Kangler seinen Rücktritt angeboten habe. Ein Demissionsgesuch Schiele liegt nach unseren Informationen nicht vor, aber Schiele hat in den letzten Monaten mehrfach Mißtrauensvoten erduldet. Es ist in Erinnerung, daß während der letzten Tagung des Reichstages ein Mißtrauensantrag gegen ihn eingebracht worden ist, der vielleicht die Mehrheit gefunden hätte, wenn er noch zur Abstimmung gelangt wäre.

Schiele ist für das Kabinett Weidach durch seine Ausrückung die einseitige Großgrundbesitz begünstige, eine Belastung gewesen. Sollte er seine Demission abdröhen wollen, dann würde er die Gelegenheit bieten, das Reichsernährungsministerium mit einem Mann zu besetzen, der mehr Beachtung auf die mittleren und kleineren Wirtschaften nimmt, und sich bemüht ist, die Konsumfähigkeit der Bevölkerung entscheidend für den Erfolg der bäuerlichen Erzeugnisse ist.

Gemäßigte Regierung in Japan

Moskau immer noch in Unruhe

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 23. MAI

Der bisherige japanische Generalgouverneur von Korea, Admiral Satto, ist auf Vorschlag des „ältesten Staatsmannes“, Prinz Satomi, zum japanischen Kaiser mit der Bildung einer nationalsten Regierung betraut worden.

Bei den großen Schwierigkeiten, die der Demokraten bei der Zusammenstellung dieses überparteilichen Kabinetts haben dürfte, wird die Regierungswahl wahrscheinlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Man spricht davon, daß der japanische Botschafter in London, Matijudaira, oder Graf Uchida für den Posten des Außenministers in Erwägung gezogen werden. Takafuchi soll wahrscheinlich das Finanzministerium übernehmen, während der bisherige Kriegsminister, General Araki, als Vertrauensmann der Kaiser seinen Posten behalten wird.

*

Matoko Satto, früherer Marineminister, 1927 Führer der japanischen Delegation in Genoa ist 74 Jahre alt. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten läßt bei den älteren Deutschen und auch auf den Reichstag eine Verwirrung und Erleichterung aus. Das Regierungsgeschäft „Mitschi“ nennt ihn einen erfahrenen und großzügigen Politiker, dessen festerem und vernünftigerem Kurs das Land ohne Bedenken folgen könne.

Graf Satto selbst gehört seiner Partei an, seine politische Meinung wird als liberal bezeichnet. Die jüngeren Differenziertheile bringen dagegen Satto wenig Sympathie ent-

gegen. Um hier alle etwaigen Widersprüche im Reim zu erledigen, ist an allen wichtigen Punkten der Stadt verstärktes Polizei-Einsatz postiert worden.

In Moskau steht man die Beauftragung Satto als Versuch eines Kompromisses zwischen den kooperationalistischen Kreisen und bekommen politischen Elementen an. Das neue Kabinett wird darum vermutlich einen weniger aggressiven Charakter tragen, als man ursprünglich befürchtete, wenn man sich aber darüber klar ist, daß auch Satto überparteiliches Kompromiß-Stabint sehr stark unter dem Einfluß des Militärs steht. Die große Beforgnis, die man in der Soviet-Union seit dem Ministermord für die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen Rußland und Japan hegt, ist keineswegs gerechert.

Wandschrei unter Völkerbunds-kontrolle?

MOSKAU, 23. MAI

Nach russischen Meldungen aus Moskau, die hier großes Aufsehen erregen, beschäftigt die Kommission des Völkerbundes, für die Verwaltung der Wandschrei ein inter-nationales Komitee vorzuschlagen. Den Vorsitz dieses Komitees soll der finnische Marschall Mannerheim innehaben, den je ein Vertreter Japans, Chinas, Amerikas, Englands, Frankreichs und eventuell noch anderer Länder beigegeben werden soll. Das Komitee würde die Verwaltung im Namen des Völkerbundes ausüben.

Das Ergebnis der Kammerwahlen, das den Wunsch der Volksmehrheit nach einer möglichst friedlichen Politik zum Ausdruck bringt, hat ohne Zweifel die außenpolitische Stellung Frankreichs verbessert. Eine neue Regierung, die von einer neuen Mehrheit getragen wird, mit geringeren Widerständen in der Welt begehen, weil sie geringeres Misstrauen erweckt. Mit dieser Aufgabe muß in Deutschland die nationale Realpolitik rechnen. Als Symptom der sich anbahnenden Enttiefung gegen die Ausführenden des „Popolo d'Italia“ erweist, die eine Wiederherstellung der Solidarität der früheren Alliierten als höchstes Ziel bezeichnen.

„Stellen verlangt“, so sagt das offizielle italienische Blatt, „keine territorialen Veränderungen in Europa, sondern begnügt sich mit dem Wunsch nach einer Verbesserung der politischen Lage im nahen Osten, an der Libia, an der Donau und auf dem Balkan, um Zwecke einer Verminderung der Gefahren und der Schwächung eines Systems von militärischen und politischen Verbindungen, die Statens freie und friedliche Entwicklung nach Osten behindern und die Selbständigkeit seiner kontinentalen Politik beschränken sollen.“

Von Änderungen französischer Wähler, die koloniale Konzeption für Italien als möglich bezeichnen, wird zuführend Kenntnis genommen und daran die folgende Erklärung getnüpft:

„Das was Italien Frankreich und der Welt im Austausch für Kolonialland geben kann, ist der Wohlstand, den alle brauchen, und die Sicherheit, um die sich Frankreich kämpft bemüht, ohne sie weder in den schiffelhaftesten Situationen, noch in ungewürklichen Balkanverbindungen, noch auch in der Hoffnung zu finden, daß das Regime, das Italien erneuert, vorübergehen werde.“

Gleichzeitig wird aus Frankreich eine Art außenpolitischen Regierungsprogramm der Radikalen bekannt, das der „Republique“ veröffentlicht. Als letzter, aber darum nicht geringerer Punkt wird daran die Befriedigung mit 3 Italien erwähnt. Im übrigen heißt es in dieser beachtenswerten Darlegung:

Erstens: Einstellung des Rüstungswettlaufs. „Deutschland hatte den Krieg verloren, obwohl es das mächtigste Heer der Welt besaß.“

Zweitens: Einführung einer allgemeinen und kollektiven Abrüstung, wobei sich die Kontrolle auch auf die halb-militärischen Verbände erstrecken müßte.

Drittens: Schluß mit der Politik der Mißtrauensmühen. „Wie sollte man nicht einsehen, daß unsere Mißtrauensmühen unsere Beziehungen zu Deutschland, Italien und Rußland verfestigt haben? Wenn wir schon Verbindete haben wollen, dann müssen wir uns ihnen die Stützen ausziehen.“

Viertens: Schaffung eines neuen Gleichgewichts in Europa. „Aber Deutschland würde sich fühlen, wenn es unsere Feindschaft gegen die Allianz mit Polen als eine Ermattung zur Gewaltausübung ansehen wollte. Frankreich denke nicht daran, sich in einen Krieg an der Westfront hineinzuziehen zu lassen. Aber es werde deshalb noch kein neues Gebotnis zu lassen.“

Fünftens: Vermeidung Vermittlung zwischen Deutschland und Polen, denn „Deutschland und Polen leben in einem Zustande wahrer Kriegsgefahr.“

Sechstens: Revision der unhaltbar gewordenen Vertragsbedingungen. „Wir werden uns energisch jeder allgemeinen, jeder einseitigen und jeder gewalttätigen Revision widersetzen. Richtig hat der Herrri darinnen erinnert, daß der Versailles Friedensvertrag im Widerspruch die Möglichkeit einer Revision enthält, daß man aber zunächst den Artikel 10 des Vertrages revidieren müßte, der dabei in allen Fällen die Eintragsmöglichkeit vorseht.“

Siebtens: Klärung der deutsch-französischen Streitigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland auf den Sanfterwegen in Genf und Lausanne.

Achtens: Verständigung mit Italien

Diese Ausführungen zeigen, daß die französische Politik aus ihrer Erleichterung sich zu lösen beginnt und den Versuch macht, in Einklang mit der Bevölkerung zu kommen, die um jeden Preis eine politische Entpannung wünscht, um das Vertrauen auf neue wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen. Nicht nur die offizielle Politik,